



**„SEIT 2010 HAT
IN DEUTSCHLAND
EINE DISKURSVÉR-
SCHIEBUNG NACH
RECHTS(-AUSSEN)
STATTGEFUNDEN.
POLITISCH PROFITIEREN
DAVON DIE
AKTEUR_INNEN DER
,NEUEN RECHTEN‘.“**

„Ein Prozent“ – Eine extrem rechte Organisation im Kampf um „kulturelle Hegemonie“

Die „Neue Rechte“ befindet sich im Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ gegen die parlamentarische Demokratie. Ein Kernziel ist dabei die Delegitimierung etablierter politischer Akteure wie Gewerkschaften, Parteien oder zivilgesellschaftlicher Gruppierungen. Der Beitrag beleuchtet am Beispiel der Initiative „Ein Prozent“ diesen „Kulturkampf von rechts“.

Seit 2010 hat in Deutschland mit der sogenannten Sarrazin-Debatte eine Diskursverschiebung nach rechts(-außen) stattgefunden, die mit der als Krise empfundenen Steigerung der Migrationsbewegungen seit 2015 weiter zugenommen hat. Politisch profitieren dabei nicht die Parteien und Organisationen der neonazistischen Szene – wie die NPD –, sondern die Akteur_innen der „Neuen Rechten“ (NR). Der historische Entstehungskontext der NR ist einerseits das Scheitern der NPD auf parlamentarischem Weg Ende der 1960er-Jahre und andererseits stellt sie einen Gegenpol zur Entstehung der Neuen Linken zur gleichen Zeit dar (vgl. Salzborn 2014: 61). Der Begriff der „Neuen Rechten“ wird in der Rechtsextremismusforschung nicht einheitlich verwandt (vgl. ebd.: 60). Die Publikationen zum Thema sind zahlreich und vielfältig (z. B. Fetscher 1983, Feit 1987, Greß/Jaschke/Schönkäs 1990, Gessenharter 1994, Gessenharter/Pfeiffer 2004). Seit der neuen Präsenz jenes politischen Spektrums kamen weitere wichtige Publikationen hinzu (vgl. Weiß 2017). Für den hier dargelegten Bereich bietet sich am ehesten die Begriffsbestimmung von Armin Pfahl-Traugher an, der die NR folgendermaßen umreißt:

„*„Neue Rechte“ ist eine Bezeichnung für eine bestimmte Ideologie oder geistige Strömung des Rechtsextremismus, die sich aus heutiger Sicht in erster Linie an das Gedankengut der Konservativen Revolution anlehnt, also an jene Intellektuellen, die als Vertreter eines ‚antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik‘ (Kurt Sontheimer) gelten. Als weitere wichtige ideologische Anknüpfungspunkte wären darüber hinaus die erwähnten intellektuellen Sympathisanten und Wegbereiter des italienischen Faschismus zu nennen.*

(Pfahl-Traugher 1998: 161f.)

”

Außerdem sieht er in der NR ein „Brückenspektrum“, welches eine Erosion der Abgrenzung zwischen demokratischem Konservatismus und der extremen Rechten beschreibt (vgl. ebd.: 160). Strategisch verfolgt die NR eine „metapolitische“ Ausrichtung. Ihre Akteur_innen setzen auf ein Konzept, welches angelehnt an den italienischen Kommunisten Antonio Gramsci (1891–1937)¹ die Erlangung der „kulturellen Hegemonie“ forciert. Es geht dabei um die Meinungsführung im „vorpolitischen Raum“, der die Erringung der politischen Macht folgen soll (vgl. Brauner-Orthen 2001: 114ff.). Zentral für die Gramsci-Rezeption der NR in Deutschland waren die Publikationen des „neurechten“ französischen Vordenkers Alain de Benoist (vgl. Benoist 1985). Er schreibt:

„
Anders gesagt, um die politische Mehrheit auf Dauer zu erringen, muß man zunächst die ideologische Mehrheit erringen, denn erst, wenn sie für Werte gewonnen ist, die von ihren eigenen Werten verschieden sind, wird die bestehende Gesellschaft in ihren Grundfesten zu wanken und ihre effektive Macht abzubröckeln beginnen. Dann wird man die Situation auf der politischen Ebene ausnutzen können: Die historische Aktion oder die Volksabstimmung werden eine Entwicklung, die sich in den Mentalitäten bereits vollzogen hat, bestätigen und die auf der Ebene der Institutionen und des Regierungssystems umsetzen. (Ebd.: 46f.)

Zentral für das Verständnis dieser strategischen Ausrichtung ist die an Gramsci anschließende Sicht der NR auf die Unterteilung ihres politischen Kampffeldes in die „bürgerliche Gesellschaft“, also den „vorpolitischen Raum“, und die „politische Sphäre“, also Parlamente, Verwaltungen etc. Der Thüringer Landesvorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD), Björn Höcke, formulierte seine an Gramsci angelegte Strategie im Januar 2018 ähnlich. Mit direktem Bezug auf den italienischen Kommunisten verwies Höcke darauf, dass „jenseits der Parlamente und Verwaltungsapparate der „Zeitgeist“ geprägt werde und nur, wenn man diesen „beherrsche, kann man die kulturelle Hegemonie erwerben“. Dazu forderte er seine Zuhörer auf, in die Schützenvereine, Jagdgenossenschaften oder Kirmesgesellschaften einzutreten, „um [sich] die bürgerliche Gesellschaft zurückzuholen“². Die Aktualität dieser Strategie zeigt sich nicht nur in Reden wie der von Höcke, sondern auch bei zahlreichen Kongressen und Publikationen der NR. So referierte der Jurist und ehemalige NPD-Funktionär Thor von Waldstein nicht nur 2015 auf dem „Staatspolitischen Kongreß [sic]“ des *Instituts für Staatspolitik* in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) zum Thema „Metapolitik und Parteipolitik“, sondern veröffentlichte auch ein Buch im *Antaios Verlag* von Götz Kubitschek. Pfahl-Traughber sieht in eben jener Strategie eine Bedrohung demokratischer

Die Neue Rechte ist ein „Brückenspektrum“, welches eine Erosion der Abgrenzung zwischen demokratischem Konservatismus und der extremen Rechten beschreibt.

¹ Zur instrumentalisierten und fehlerhaften Gramsci-Adaption der französischen und deutschen „Neuen Rechten“ (siehe Pfahl-Traughber 1998: 26ff).

² Vgl.: Aufzeichnung der Rede auf Youtube. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=SjqdFggKRjw> [19.04.2018].

Verfassungsstaaten, welche von einer ideologischen Delegitimierung von Demokratie, Konstitutionalismus und Menschenrechten ausgeht und über eine Diffamierung oder Umdeutung von demokratischen Werten die eigene geistige Meinungsführerschaft erreichen will (vgl. Pfahl-Traugher 1998: 77). Für jenes Ziel der NR gibt es mittlerweile zahlreiche Taktiken und Organisationen, welche die (metapolitische) Vorarbeit leisten sollen, um darauf aufbauend die politische Macht zu erringen. Dazu Thor von Waldstein bereits 2015:

„
Durch spektakuläre Aktionen und einprägsame Bilder, wie sie etwa von der Konservativ-Subversiven Aktion (KSA) oder der Identitären Bewegung (IB) vorexerziert wurden, kann überhaupt erst wieder der Boden bereitet werden, auf dem metapolitisch gesät und anschließend politisch geerntet werden kann. (Waldstein 2015, S.47)

Und eben in jene mittlerweile existierende Riege des „neurechten“ Netzwerkes ist neben der „Identitären Bewegung“ auch die Initiative „Ein Prozent“ einzuordnen.

„Ein Prozent“ – Netzwerk der extremen Rechten

Zum weitverzweigten Netzwerk der NR zählen Verlage wie der *Antaios Verlag*, Publikationen wie die *Blauen Narzisse* und auch aktivistisch ausgerichtete Organisationen wie die „Identitäre Bewegung“ (IB).³ Die Initiative „Ein Prozent“ gehört seit 2015 ebenfalls dazu und ist dabei eine Art Mischorganisation: Sie versucht einerseits durch ein seriöses Auftreten und vermeintlich investigative Recherchen die Delegitimierung politischer Gegner voranzutreiben und andererseits durch bildgewaltige Aktionen (wie beispielsweise dem Aufstellen von Holzkreuzen in Erfurt-Marbach) Arbeit im „vopolitischen Raum“ zu leisten und entsprechende Bilder für eine virale Verbreitung zu produzieren. Darüber hinaus fungiert sie als Vernetzungsplattform für zahlreiche extrem rechte Initiativen und Gruppierungen.

In der Selbstbeschreibung heißt es, man verstehe sich als „professionelle Widerstandsplattform für deutsche Interessen“⁴ und wolle Widerstand „gegen eine politische Klasse [leisten], die längst nicht mehr die Interessen der eigenen Bevölkerung schützt, die sogar behauptet, es gäbe überhaupt kein ‚eigenes‘ Volk“.⁵ Diese pathetische Selbstbeschreibung lässt neben der Konstruktion als „Kämpfer für den Normalbürger“⁶ schon die omniprésente Delegitimierung der parlamentarischen Demokratie in ihrer derzeitigen Form erahnen. In der Selbstdarstellung heißt es unter der Frage „Was wollen wir?“ weiter: „Wir brauchen die Unterstützung von einem Prozent der Deutschen, nicht mehr. Ein Prozent reicht aus!“⁷ Daraus ergibt sich auch der Name der Organisation. Öffentlich formuliert werden nur wenige Ziele wie

³ Zur Spaltung innerhalb des jungkonservativen Lagers siehe Kellershohn 2016.

⁴ Ein Prozent (o.D.): Wir sind viele. Online: <https://einprozent.de/ueber-uns> [19.04.2018].

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

„Grenzsicherung“, „konsequente Abschiebung“ und „Schutz des Volks- und Privateigentums“. Daneben ist das langfristige Ziel offenbar die Ablösung der gewählten demokratischen Regierung: „Wer die Auflösung des Rechtsstaats und unserer Lebensordnung zu verantworten hat, muss abtreten.“⁸

„Ein Prozent“ ist außerdem Schnittstelle zwischen der AfD, der „Neuen Rechten“ und dem klassischen Neonazi-Spektrum. So wurde die Gründung der Initiative bereits Mitte 2015 auf dem Blog der *Sezession*, einer von Kubitschek verantworteten Publikation, bekannt gegeben. Der zu Beginn aktive Vorstand zeigt gut die netzwerkartige Struktur der Initiative. So waren neben Kubitschek auch Jürgen Elsässer (Chefredakteur des verschwörungsideologischen „COMPACT“-Magazin), Hans-Thomas Tillschneider (AfD-Sachsen-Anhalt) und der emeritierte Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider an der Gründung beteiligt.

Mittlerweile werden als Vorstand Helge Hilse und der extrem rechte Burschenschaftler Philip Stein benannt. Stein referierte im April 2016 u. a. auch beim „Leser- und Autorentreffen“ des NPD-nahen Magazins *Umwelt & Aktiv* in der Gedächtnisstätte Guthmannshausen im Landkreis Sömmerda.⁹ Und auch andere Aktivist_innen

der „Ein Prozent“-Initiative entstammen der extremen Rechten bzw. der Neonazi-Szene. So leitete beispielsweise der ehemalige Neonazi-Kameradschafter und Vorsitzende der NPD-Jugendorganisation, Michael Schäfer, 2017 die Wahlbeobachter-Kampagne von „Ein Prozent“.¹⁰ Auch der aus Thüringen stammende „Ein Prozent“-Mitarbeiter Simon Kaupert nahm mindestens 2015 an einem Pfingstlager der NPD-Jugendorganisation teil.¹¹ Dies zeigt die enge Verbindung zur klassischen Neonazi-Szene und die in der Realität nicht vorhandene Abgrenzung der NR zu dieser.

„Ein Prozent“ ist Schnittstelle zwischen der AfD, der „Neuen Rechten“ und dem klassischen Neonazi-Spektrum.

Aktivitäten von „Ein Prozent“: gegen den Moschee-Bau in Erfurt-Marbach

Um die Arbeit von „Ein Prozent“ beispielhaft aufzuzeigen, werden im Folgenden zwei Aktionen als Fallbeispiele beleuchtet. Seit im Jahr 2016 bekannt wurde, dass die islamische Ahmadiyya-Gemeinde in Erfurt-Marbach eine eigene Moschee errichten möchte und ein entsprechendes Baugrundstück erworben hat, begannen in Erfurt auch Proteste gegen diese Bestrebungen. Unter dem Namen „Bürger für Erfurt“ formierte sich bereits 2016 eine Protestgruppe. Ein Sprecher und einige Mitglieder verließen aber bereits Anfang 2017 die Gruppe wegen der zunehmenden Radikalisierung der internen Diskussionen.¹² Bei „Ein Prozent“ fanden sich bereits ab Sommer 2016 erste Erwähnungen der „Bürger für Erfurt“. Im Dezember folgte ein erstes kurzes Video ganz im Inszenierungsstil der „Identitären“ und vorangegangener Projekte der Initiative: Im Video wird die kitschig inszenierte Marbacher

⁸ Ebd. Online: <https://einprozent.de/ueber-uns> [19.04.2018].

⁹ Vgl. Speit, Andreas (2016): Die können alle zu uns kommen. Online: <http://www.taz.de/!5345807/> [19.04.2018].

¹⁰ Vgl. Neumann, János (2017): Das ‚Ein Prozent‘ Recherchenetzwerk. In: Der Rechte Rand. Online: <http://www.der-rechte-rand.de/archive/2813/ein-prozent-recherchenetzwerk/>, [19.04.2018].

¹¹ Vgl.: ebd.

¹² Vgl. ZDF heute plus (2017): „Kreuze gegen Moschee: Umstrittenes Projekt in Erfurt“. Sendung vom 16. März 2017.

Dorfidylle den angeblich zu erwartenden Negativfolgen eines Moscheebaus entgegengestellt. Gleichzeitig wird der Bau der Moschee mit einer Delegitimierung aktueller politischer Verantwortungsträger_innen verknüpft und diese als „undemokratisch“ dargestellt. Im Sprechtext des Videos heißt es:

„
Sie [Ahmadiyya-Gemeinde] will 100 Moscheen in ganz Deutschland errichten. Eine davon hier in Erfurt Marbach. Die Bürger hat man dazu nicht gefragt. Die etablierten Parteien, allen voran Erfurts Oberbürgermeister, wollen diese Moschee unbedingt durchwinken. Damit setzen sie Kultur, Lebensweise und Sicherheit aller Erfurter aufs Spiel. Sie haben vergessen, wem sie wirklich verpflichtet sind. [...] ‚Ein Prozent‘ ist heute hier vor Ort, um Oberbürgermeister Andreas Bausewein daran zu erinnern, wer das Volk ist.“¹³

Hier wird ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen dem Bau der Moschee und dem konstruierten Volkswillen der „Erfurter Bürger“ behauptet. Im Duktus des Videos handelt es sich also bei den etablierten Parteien um „Anti-Demokraten“, weil diese eine Moschee gegen den Willen einer behaupteten Mehrheit genehmigt haben. Das Vorhaben, eine bereits auf dem Rechtsweg genehmigte Moschee im Namen „des Volkes“ verhindern zu wollen, gilt als legitim. Dabei scheint schon die reine Existenz einer Moschee – wohl im Bruch mit der von der NR geforderten homogenen Gesellschaft – negative Folgen für die Erfurter Bevölkerung zu haben: Gefahr für „Kultur“, „Lebensweise“ und „Sicherheit“. Vertreter_innen der islamischen Gemeinde werden nicht zum „Volk“ gezählt. Die Verknüpfung zwischen Moschee-Bau und den beschriebenen Negativfolgen ist dabei der Versuch, die Deutungshoheit über den Fall zu erlangen und somit die Verhinderung zu legitimieren bzw. den Bau zu delegitimieren. Die virale Verbreitung eben solcher Botschaften ist das zentrale Ziel zahlreicher „neurechter“ Organisationen. Daher dienen Videos – wie auch in diesem Fall – oft als bevorzugtes Medium. In einem internen Strategiepapier aus den Kreisen der „Neuen Rechten“ bzw. der IB heißt es bereits 2015:

Die Verknüpfung zwischen Moschee-Bau und den beschriebenen Negativfolgen ist der Versuch, die Deutungshoheit über den Fall zu erlangen und somit [...] den Bau zu delegitimieren.

„
Die Identitäre Bewegung ist eine metapolitische Kraft, die versucht, Ideen, Parolen und Bilder in das metapolitische Feld zu führen. Mit Aktionen schaffen wir einen medialen Hype und eine Viralität, die unsere Parolen und Bilder so schnell und breit wie möglich streuen. Die ganze Arbeit, die wir in eine Aktion reinstecken, wird nutzlos, wenn die Bilder, die es transportiert, nicht klar und von guter Qualität sind. Wir müssen Wörter und Bilder wählen, die der Mehrheit gefallen und für sie verständlich sind.“¹⁴

¹³ Propaganda-Video von „Ein Prozent“. Online: https://www.youtube.com/watch?v=G_PFnd0J5_I [19.04.2018].

¹⁴ Internes Strategiepapier: Identitäre Sommerakademie – 2015. Von Karl Martell bis Charles de Gaulle, o.S.

Diesen strategischen Maßgaben folgend organisierte „Ein Prozent“ im März 2017 eine Aktion, die es genau auf solche verbreitbaren Bilder anlegte. Mehrere Aktivist_innen aus dem Umfeld der IB und von „Ein Prozent“ errichteten ein mehrere Meter hohes („christliches“) Holzkreuz neben dem Moschee-Baugrundstück. Rund zehn weitere Kreuze folgten. Die Instrumentalisierung christlicher Symbolik gegen „den Islam“ ist bereits seit 2014 von „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) bekannt. Ein wenig später folgendes Propaganda-Video und zahlreiche Bilder dienten dann zur viralen Verbreitung der Aktion. Die inszenierte Provokation¹⁵ hatte Erfolg: Bundesweit berichteten Medien – bis zur *Tagesschau* – über die Aktion. „Ein Prozent“ wurde die Möglichkeit gegeben, sich breit und oft ohne kritische Recherche zur Einordnung der Organisation zu inszenieren. Damit hat sich auch in Erfurt die von Kubitschek bereits 2007 formulierte Strategie der Provokation als erfolgreiches Mittel erwiesen, die eigenen Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen:

Und so führt an der Provokation kein Weg vorbei. Sie ist oft das einzige Mittel des Schwachen: Wer über Machtmittel verfügt, der drückt, was er möchte, einfach durch, erzählt, was er möchte, einfach auf allen Kanälen. Wer keine Macht hat, bereitet sich lange und gründlich vor, studiert die Reflexe des Medienzeitalters und erzwingt durch einen Coup öffentliche Wahrnehmung.
(Kubitschek 2007: 23f.)

Provokation ist dabei eine strategische Option, um die eigenen Themen zu setzen und die Diskursgrenzen weiter nach rechts zu verschieben. Sie dient zur Erzwingung von Wahrnehmung und nach innen der Mobilisierung (vgl. Kellershohn 201: 230).

„Werde Betriebsrat“ – mit Neonazis zur Interessenvertretung

Eine weitere Kampagne von „Ein Prozent“ startete im November 2017. Auf einer Konferenz des COMPACT-Magazins stellte Simon Kaupert die Kampagne „Werde Betriebsrat“ vor. Sie wird zusammen mit dem COMPACT-Magazin und der Organisation „Zentrum Automobil“, einer „alternativen Arbeitnehmervertretung“, die 2009 im Umfeld des Daimler-Werkes in Stuttgart gegründet wurde, durchgeführt. Deren Personal und Funktionäre stammen in Teilen aus Organisationen der Neonazi-Szene wie der Wiking-Jugend, der RechtsRock-Szene oder anderen extrem rechten Skinheadgruppen.¹⁶ Die Gallionsfigur der Kampagne, Oliver Hilburger, war beispielsweise

Provokation ist eine strategische Option, um die eigenen Themen zu setzen und die Diskursgrenzen weiter nach rechts zu verschieben.

¹⁵ Ausführlich zur Strategie der Provokation: siehe Kellershohn 2010.

¹⁶ Vgl.: Ullenbruch, Sven (2018): Rechte wollen Einfluss im Betriebsrat ausbauen. Online: <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.daimler-neonazis-wollen-einfluss-im-betriebsrat-ausbauen.9f907699-829f-4ff1-84d4-d71e109a5004.html> [19.04.2018].

jahrelang Gitarrist der Neonazi-Band „Noie Werte“.¹⁷ Auf der Homepage der Kampagne finden sich keine konkreten arbeitsmarktpolitischen Forderungen, sondern lediglich dubiose Behauptungen, im eigenen Klientel durchgeführte Umfragen und die Inszenierung, „Ein Prozent“ würde nun die zahlreichen aus politischen Gründen gekündigten Arbeitnehmer_innen vertreten. So wird u. a. behauptet: „Neun von zehn Arbeitnehmern haben Angst, aufgrund kritischer Äußerungen ihren Arbeitsplatz zu verlieren“ oder „Durchschnittlich 95 Prozent würden eine Arbeitnehmervertretung, die sich wirklich für die Interessen der Belegschaft einsetzt, aktiv unterstützen“. Die mitschwingenden Botschaften: Man dürfe in Deutschland nicht mehr offen seine Meinung sagen und die Betriebsräte der etablierten Gewerkschaften verträten nicht die Interessen der Arbeitnehmer_innen. Der „Ein Prozent“-Mitarbeiter Simon Kaupert gab auf die Frage eines Journalisten sogar absurderweise an, die Umfrage sei „repräsentativ“, um dann bei genauer Nachfrage einzuräumen, man habe lediglich im eigenen Unterstützungsnetzwerk herumgefragt.¹⁸

Die Propaganda-Kampagne ist ein Beispiel, wie durch die „Ein Prozent“-Initiative eine Delegitimierung politischer Gegner_innen bzw. demokratischer Organisationen erreicht werden soll und gleichzeitig die eigene Inszenierung als ‚Heilsbringer‘.

Die Propaganda-Kampagne ist ein Beispiel, wie durch die „Ein Prozent“-Initiative eine Delegitimierung politischer Gegner_innen bzw. demokratischer Organisationen erreicht werden soll und gleichzeitig die eigene Inszenierung als ‚Heilsbringer‘. Diese Ausrichtung zeigt sich auch in der eigens für die Kampagne herausgegebenen Zeitschrift „Alternative Gewerkschaft“, die vom COMPACT-Magazin, dem „Zentrum Automobil“ und „Ein Prozent“ gemeinsam verantwortet wird. Zu Themen wie Tarifverträge, Arbeitnehmerrechte oder Kündigungsschutz findet sich nichts Konkretes. Stattdessen gibt es rechtspopulistische Angriffe auf Gewerkschaften, Demokratie-Initiativen und etablierte Parteien in der bekannten Konstruktion „Die da oben gegen den einfachen Bürger“. So heißt es beispielsweise:

Während die obersten Schichten profitieren und weiter kräftig verdienen; während die etablierten Gewerkschaftsfunktionäre freudig Konzernmanagerhände schütteln und die eigene Tasche aufhalten; während die Regierung das hart erarbeitete Geld überall dort ausgibt, wo es definitiv am wenigsten benötigt wird; während all dieser bundesdeutschen Unannehmlichkeiten schaut genau einer in die Röhre: der geschöpfte ‚Normalbürger‘.¹⁹

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Vgl.: Steinau, Marc (2018): Bei Daimler zeigt sich, wie Rechtsextreme deutschlandweit Einfluss in Konzernen gewinnen wollen. In: Business Insider Deutschland. Online: <http://www.businessinsider.de/bei-daimler-zeigt-sich-wie-rechtsextreme-deutschlandweit-einfluss-in-konzernen-gewinnen-wollen-2018-1> [19.04.2018].

¹⁹ Ein Prozent (2018): Alternative Gewerkschaft, Frühjahr 2018: 1.

Aber auch die Lösung liefert die Propaganda-Publikation direkt mit: „Das unabhängige COMPACT-Magazin, die alternative Arbeitnehmervertretung ‚Zentrum Automobil‘ und das patriotische Bürgernetzwerk ‚Ein Prozent‘ präsentieren gangbare Wege der Opposition“ (ebd.). Das langfristige Ziel solcher Publikationen formulierte Elsässer in einem Streitgespräch mit Kubitschek deutlicher aus: „Aufgabe der oppositionellen Medien ist es, zum Sturz des Regimes beizutragen [...]“²⁰

Fazit und Empfehlungen: extrem rechte Strategien erkennen und die eigene Position schärfen

Die „Neue Rechte“ hat in den vergangenen Jahren wie keine andere extrem rechte Strömung von der politischen Situation in Deutschland profitieren können. Diese neue politische Situation und veränderten Strategien der extremen Rechten stellen auch politische Akteure wie Gewerkschaften, demokratische Parteien und andere Verbände ebenso wie die menschenrechtsorientierte Zivilgesellschaft vor neue Herausforderungen. Gegenstrategien gegen einen intendierten Rechtsruck der Debatten und der Gesellschaft insgesamt müssen aber auf mehreren Ebenen ansetzen und sind daher sehr komplex. Auf der Ebene der demokratischen Zivilgesellschaft stellt sich in Bezug auf die Konfrontation mit den nun stärker in Erscheinung tretenden extrem rechten Akteuren vor allem die Frage nach dem Umgang. Hier ist eine professionelle Aufklärung über Akteur_innen, Ideologie und Strategien der NR von zentraler Bedeutung, um extrem rechte Strategieansätze zu entzaubern und einen regional angepassten Handlungsansatz zu schaffen. Gleichzeitig gilt es die eigene Position zu schärfen, um in den aktuellen Debatten die eigenen Vorstellungen deutlich vertreten zu können und Grenzen deutlich zu machen, die es ohne jede Frage im demokratischen Diskurs geben muss. Demokratie heißt nicht Beliebigkeit, sondern muss – besonders im Bereich der Zivilgesellschaft – an Menschenrechten und Menschenwürde orientiert sein. Rassismus, Verschwörungstheorien und Geschichtsrevisionismus – um nur einige Beispiele zu nennen – können keine Grundlage für demokratische Debatten sein. Diesen Demokratiebegriff zu verteidigen und sich nicht aus der Hand nehmen zu lassen, ist ein wichtiger Aufgabenbereich der Zivilgesellschaft. Die demokratischen politischen Akteur_innen sollten die Zivilgesellschaft in dieser Form deutlich unterstützen.

Eine professionelle Aufklärung über Akteur_innen, Ideologie und Strategien der NR ist von zentraler Bedeutung, um extrem rechte Strategieansätze zu entzaubern und einen regional angepassten Handlungsansatz zu schaffen.

²⁰ Auszüge aus dem Gespräch finden sich auf Elsässers Blog (Elsässer, Jürgen 2018: Ellwangen ist überall! Was tun? Streitgespräch Kubitschek/Elsässer, Online: <https://juergenelsaesser.de/2018/05/05/ellwangen-ist-ueberall-was-tun-streitgesprach-kubitschek-elsaesser/> [01.06.2018]).

MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen: Für Demokratie und gegen Rechtsextremismus berät und unterstützt alle, die sich in Thüringen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und für demokratische Werte engagieren wollen.

Beratungsteam MOBIT
Schillerstraße 44
99096 Erfurt

Telefon: 03 61 – 219 26 94
E-Mail: mail@mobit.org
Web: www.mobit.org

Literatur

- Brauner-Orthen, Alice (2001): Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen. Leske & Budrich: Opladen.
- Benoist, Alain de (1985): Kulturrevolution von rechts: Gramsci und die Nouvelle Droite. Sinus Verlag: Krefeld.
- Feit, Margret (1987): Die ‚Neue Rechte‘ in der Bundesrepublik. Organisation-Ideologie-Strategie. Campus: Frankfurt am Main.
- Fetscher, Iring [Hrsg.] (1983): Neokonservative und ‚Neue Rechte‘. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in der Bundesrepublik, Westeuropa und den Vereinigten Staaten. Verlag C.H.Beck: München.
- Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (2004): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Springer-Verlag: Wiesbaden 2004.
- Gessenharter, Wolfgang (1994): Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien. Droemer-Knaur: München.
- Greß, Franz/Jaschke, Gerd/Schönekas, Klaus (1990): Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Kellershohn, Helmut (2016): Götz Kubitschek und das Institut für Staatspolitik. In: Kellershohn, Helmut/Katrup, Wolfgang [Hrsg.]: Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte. Unrast-Verlag: Münster, S. 92 – 106.
- Kellershohn, Helmut (2010): Provokationselite von rechts: Die Konservativ-subversive Aktion. In: Wamper, Regina/Kellershohn, Helmut/Dietzsch, Martin [Hrsg.]: Rechte Diskurspiraten. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen. Unrast-Verlag: Münster, S. 224–241.
- Kubitschek, Götz (2007): Provokation, Verlag Antaios: Schnellroda.
- Pfahl-Traughber, Armin (1998): Die Erben der ‚Konservativen Revolution‘. Zu Bedeutung, Definition und Ideologie der ‚Neuen Rechten‘. In: Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut [Hrsg.]: Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Leske & Budrich: Opladen.
- Pfahl-Traughber, Armin (1998): ‚Konservative Revolution‘ und ‚Neue Rechte‘. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Leske & Budrich: Opladen.
- Salzborn, Samuel (2014): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Nomos-Verlag: Baden-Baden.
- Waldstein, Thor v. (2015): Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion. Verlag Antaios: Schnellroda.
- Weiß, Volker (2017): Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Klett-Cotta: Stuttgart.